



Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede

DGB-Neujahrspressekonferenz 2010

Berlin, 7. Januar 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010 und bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr. Die vor uns liegenden zwölf Monate werden nicht minder arbeitsreich als das zurückliegende Superwahljahr 2009.

Für uns wird dieses Jahr in Hinblick auf unseren Bundeskongress, der im Mai dieses Jahres in Berlin stattfinden wird, arbeitsreich. Arbeitsreich wird es aber auch, da wir entschlossen sind, unsere sozialen Errungenschaften und unseren Sozialstaat engagiert, kraftvoll und selbstbewusst gegen neoliberale Angriffe zu verteidigen.

Union und FDP agieren, als gäbe es kein Morgen und in dieser Krise etwas zu verschenken. Sie haben kein Programm, wie sie Deutschland aus dieser Krise führen wollen. Bevor sie dieses Land geistig-politisch erneuern, sollten sie erst einmal bei sich selbst anfangen. Ganz nach dem Motto: Es geht um Deutschland und nicht um die bayrische Tourismuswirtschaft. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft und nicht um Klientel getriebene Steuerpolitik.

Diese Botschaft gilt übrigens auch für einige Spitzenrepräsentanten der deutschen Wirtschaft. Es geht um die Überwindung der Krise und nicht um die Abschaffung des Kündigungsschutzes; es geht um Leistungsgerechtigkeit für alle – auch für Einkommensschwache und Armutslöhner – und nicht um eine Unternehmenssteuersenkungspolitik in Permanenz.

Vor der Weihnachtspause hatte man die Hoffnung, dass mit dem Jahreswechsel auch ein wenig Realitätssinn in die Koalition einzieht. Aber die schwarz-gelben Koalitionäre treiben es bunter und toller als zuvor. Ich bin zutiefst erschüttert über kaum getarnte Bedienung der Stammwähler der FDP und so wenig Verantwortungsgefühl unserem Land und den Menschen gegenüber.

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Ein Wort zur ‚geistig-politischen-Wende‘ des Vizekanzlers: Statt mit neoliberalen Hirngespinnsten überzogene Politik zugunsten der Besserverdienenden zu tarnen, empfehle ich eher der pragmatischen Linie der Kanzlerin zu folgen und im neuen Jahrzehnt anzukommen. Dazu gehören vor allem auch die Überwindung der Wirtschaftskrise und die nachhaltige Bekämpfung der Ursachen dieser Krise.

Auch wenn manch ein Politiker der FDP es noch nicht erkannt hat, es geht in diesen Wochen und Monaten nicht um Steuergeschenke und Klientelpolitik. Maßgeblich ist auch nicht, was im Koalitionsvertrag steht, sondern maßgeblich sind die realen Verhältnisse in unserem Land. 2010 wird ganz und gar im Zeichen der Bewältigung der Krisenfolgen stehen - die Krise ist noch nicht vorbei. Bund, Länder und Kommunen werden in der nächsten Wochen und Monaten die Auswirkungen der Krise in ihren Haushalten drastisch zu spüren bekommen.

Das Jahr 2010 wird richtungweisend sein: Wie kommt die deutsche Wirtschaft und damit unser Land aus dieser Krise heraus? Werden die Krisenlasten gerecht verteilt? Wie stellt sich Deutschland auch im Vergleich mit Ländern wie China oder den USA langfristig auf? Wie erreichen wir eine zukunftsfähige Balance zwischen Binnennachfrage und Exportwirtschaft? Wie schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit und nicht weniger?

Leider bleibt die konservativ-liberale Bundesregierung diese Antwort schuldig. Mehr noch, man gewinnt das Gefühl, dass diese ‚Liebesheirat‘ sich im Vorfeld keine Gedanken gemacht hat, wie sie in dieser Weltwirtschaftslage Politik gestalten will und kann. Manchmal muss sich die Bundeskanzlerin an Friederich Schiller erinnert fühlen: „Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.“

Das zurückliegende Jahr hat gezeigt, dass gerade durch die gute und verantwortungsvolle Arbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften die Krise bisher nicht in dem erwarteten Maße auf dem Arbeitsmarkt angekommen ist.

Wir erwarten von der schwarz-gelben Bundesregierung eine Politik des sozialen Ausgleichs - eine Politik, bei der es um die Sicherung von Arbeit und der Existenz der Menschen geht, die diese Krise nicht verursacht haben. Diese Politik muss Priorität der Bundesregierung sein. Sie muss fortgesetzt werden, um den sozialen Frieden in unserem Land zu erhalten.

Das oberste Ziel für die Gewerkschaften ist die Beschäftigungssicherung, verbunden mit einer Ankurbelung der Massenkaukraft, also der Binnennachfrage. Die Gewerkschaften haben und werden entsprechend der Situation in ihren Branchen und Tarifgebieten in diesem Spannungsfeld ihre Tarifpolitik gestalten. Auf jeden Fall wollen wir **auch** mit tarifpolitischen Mitteln verhindern, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Existenzangst und Einkommensverzicht



die Lasten dieser Krise und eine völlig verfehlte Steuerpolitik finanzieren bzw. tragen müssen.

In diesem Zusammenhang ist auch die deutliche Erhöhung der Hartz IV-Sätze dringend geboten. Beides zusammen wäre ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und würde die seit Jahren rückläufige Binnenkonjunktur ankurbeln.

Krisenbekämpfung: Nicht auf dem Rücken der Beschäftigten

Die Bundesregierung ist aufgefordert alles zu tun, um die Beschäftigten vor den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu schützen. Es kann nicht sein, dass für Banken ein milliardenschwerer Schutzschirm aufgespannt wird und die Beschäftigten die Zeche für die Gier der Banker und Manager zahlen müssen.

Konkret heißt das:

- Das Konjunkturprogramm II beschleunigen, die Mittel müssen schneller abfließen.
- Ein Zukunftsinvestitionsprogramm (Konjunkturprogramm III) mit Investitionen in Infrastruktur, Innovation und Forschung und Bildung auflegen.
- Die Kreditklemme, die zurzeit. eine Konditionenklemme ist, beseitigen, allerdings nicht mit weiteren Milliardengeschenken für die Finanzbranche.
- Der Arbeitslosigkeit mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie verlängertem Kurzarbeitergeld, Transferkurzarbeitergeld, geförderte Teilzeitarbeit zur Beschäftigungssicherung in der Krise, aber auch mit Arbeitszeitverkürzung entgegenwirken.
- Die geförderte Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt wieder einzuführen. Ihre Abschaffung war ein grober Fehler.
- Unverschuldeter Armut (abrutschen in Hartz IV nach einem Jahr Arbeitslosigkeit) durch ein zeitlich befristetes Überbrückungsgeld analog zur alten Arbeitslosenhilfe vorbeugen und
- die Krisenverursacher bei der Sanierung der überschuldeten Haushalte zur Kasse bitten. In den Bereichen Soziales und Bildung hat der Rotstift nichts zu suchen.

Nie wieder Crash: Finanzmärkte an die kurze Leine

Wir erwarten von der Bundesregierung mehr Nachdruck und Ehrgeiz bei der Aufarbeitung der Krisenursachen und bei der Regulierung der Finanzmärkte. Überfällig sind neben der drastischen Begrenzung von Gehältern und Boni auch juristische Schritte, denn im Casinokapitalismus wird bereits munter weiter gezockt - mit Steuermitteln sind die Kriegskassen der Investmentinstitute frisch gefüllt.



Bei der Regulierung der Finanzmärkte ist deshalb Entschlossenheit und Durchsetzungskraft notwendig. Vieles ist im Ansatz stecken geblieben, was auf Ebene der G 20 besprochen und vereinbart wurde. Papier ist geduldig, aber Lippenbekenntnisse reichen nicht mehr. Vordringlich sind die Einführung von ‚Leverage Limits‘ sowie Kontrollauflagen auch für andere Akteure des Finanzsystems (Versicherungen, Pensionsfonds ...). Außerdem müssen vor allem auch die Rating-Agenturen energisch reguliert werden, um der gefährlichen Überbewertung von Anlageobjekten einen Riegel vorzuschieben und im System angelegte Interessenkollisionen zu beseitigen.

Die Nichtanwendung des Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerflucht durch die Bundesregierung halte ich für einen wirklichen Skandal.

Mitbestimmung wirkt: Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen

Die Mitbestimmung hat sich in der Krise bewährt. Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und auch Mitarbeiterkapitalbeteiligung sind das beste Gegengift gegen die Shareholder-Value-Ideologie und den Casinokapitalismus, die uns in diese Krise geführt haben.

Industriestandort Deutschland stärken und erhalten: Mehr Investitionen, mehr Innovationen, mehr Bildung

In der jetzigen Situation brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. Natürlich wächst die Bedeutung der Dienstleistungsbranche, aber unsere Zukunftsfähigkeit hängt genauso von der Erhaltung einer hochmodernen, ökologisch orientierten und auf Nachhaltigkeit angelegten industriellen Basis ab. Für beides brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen.

Schon seit langem stehen die Gewerkschaften für ein qualitatives Wachstum. Mehr nachhaltiges Wirtschaften sichert Zukunft und Arbeitsplätze.

Der Schlüssel zu Innovationen liegt in der Bildung. Wir können es uns nicht leisten, die Talente und Begabungen junger Menschen brachliegen zu lassen. Wir müssen sie fördern, ihnen faire Bildungschancen bieten und genügend Ausbildungs- und Studienplätze bereitstellen. Ziel der betrieblichen Ausbildung muss die Übernahme der Auszubildenden in den Betrieb sein.

Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand: Den Privatisierungswahn stoppen

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung ein klares Nein zu weiteren Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere aber



einen endgültigen Stopp aller Pläne zur Privatisierung der Deutschen Bahn. Das Beispiel Berliner S-Bahn ist Menetekel genug.

Gerade die Kommunen nehmen vielfältige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wahr. Deshalb muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden wieder hergestellt und gesichert werden.

Sozialstaat verteidigen

Der rote Faden, der sich durch unsere Arbeit ziehen wird, spiegelt sich schon jetzt in unserem Mai-Motto ‚Wir gehen vor – gute Arbeit, gerechte Löhne, starker Sozialstaat‘, aber auch in unserem Kongressmotto ‚Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität‘ wieder. Wir werden die sozialen Errungenschaften und unseren Sozialstaat gegen neoliberale Angriffe verteidigen.

Der Sozialstaat hat gerade in der Krise seine Stärke gezeigt, Kürzungen im Sozialsystem müssen tabu sein. Wir brauchen auch künftig starke, solidarische Sozialsysteme – im Interesse unserer Wirtschaft und im Interesse der Menschen.

Wir warnen davor, jetzt einseitig zu Lasten und zum Nachteil der Beschäftigten und der Bevölkerung über Ausgabenkürzungen nachzudenken. Die Steuerfreiheit der Nacht- und Schichtzuschläge darf nicht angetastet werden.

Dass man den Hoteliers ein Weihnachtsgeschenk macht, den Bankern Milliarden überreicht, im Gegenzug aber an die Sozialversicherungsbeiträge herangehen will, wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Einen zweiten Betrug, wie mit der Finanzierung der Deutschen Einheit, darf es zu Lasten der Sozialsystem und der Beitragszahler nicht geben.

Dazu werden wir in diesem Jahr auf breiter Front gegen die Gesundheitspläne der schwarz-gelben Koalition mobil machen. Diese Auseinandersetzung werden wir klug führen, wir werden jeden einzelnen Schritt in der Debatte mit allen uns möglichen Mittel energisch begleiten. Hierzu wollen wir in den nächsten Wochen ein breites Bündnis ins Leben rufen. Erste Gespräche mit Sozialverbänden, Krankenkassen und Nichtregierungsorganisationen laufen bereits.

Auch hier haben wir nicht vor uns vor den Karren irgendeiner Partei spannen zu lassen. Ich betone ausdrücklich unsere Rolle als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen.

Union und FDP wollen sich mit ihren Gesundheitsplänen aus dem solidarischen System verabschieden und damit den Weg zu einer Zwei- bis Drei-Klassen-Medizin ebnen. Mit diesen Plänen werden die solidarischen Sicherungssysteme, auf die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, im Grunde zerstört und



Millionen von Geringverdienern und Rentnern zu bedürftigkeitsgeprüften Bittstellern des Staates gemacht. Nach Hartz IV und drohender Altersarmut führt die Kopfpauschale weiter in den Sozialhilfestaat.

Hinzukommt, dass die Durchschnittsverdiener sämtliche Kostensteigerungen oder Defizite des Gesundheitssystems alleine tragen müssten und diejenigen, die andere oder ihr Geld für sich arbeiten lassen, fein raus wären. Wir fordern, dass die Arbeitgeber sich weiter paritätisch an der Finanzierung beteiligen.

Rente/Altersarmut

Selbstständige, Beamte und Politiker müssen in die solidarische Alterssicherung einbezogen werden. Das schützt die Finanzierungsbasis der Rentenversicherung vor dem Abbröckeln und sorgt für mehr Akzeptanz des Systems.

Tatsächlich droht unserer Gesellschaft ein gewaltiger Zuwachs an Altersarmut. Die Rentenkürzungen sorgen für immer größere Sicherungslücken, aber auch die Ausbreitung von Dumpinglöhnen, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie unstete Erwerbsbiografien reißen weitere Löcher in die Altersvorsorge von Millionen von Betroffenen.

Dem Lohndumping muss durch Mindestlöhne begegnet werden. Außerdem müssen bei langjährig Versicherten Niedrigverdienste und Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit künftig besser in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden.

Sozialstaat und Steuerpolitik

Statt einseitig zu Lasten und zum Nachteil der Beschäftigten und der Bevölkerung über Ausgabenkürzungen nachzudenken, muss der erste Schritt vielmehr sein, die Einnahmen des Staates zu stabilisieren und zu verbessern. Wir befürworten höhere Steuern auf hohe Einkommen, große Erbschaften und auf hohe Kapitalerträge. Wir sind für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Und es geht auch darum, neue Steuern zu erheben, wie z.B. auf Finanztransaktionen, die bisher nicht besteuert werden. Dies wäre ein sozial gerechterer Weg - er fordert die Solidarität derjenigen ein, die viel haben und vom alten System profitierten. Die Verursacher der Krise würden ihren Beitrag endlich leisten.

Die Einführung eines sozial gerechten Steuersystems ist längst überfällig. Und eine solche soziale Einkommensteuerreform müsste mindestens aufkommensneutral sein, insgesamt darf eine Steuerreform aber nicht die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigen. Denn im Unterschied zu den selbsternannten geistig-politischen Heilsbringern sind wir der Überzeugung: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, in dem alle Gebietskörperschaften – auch die Kommunen – über die notwendigen Steuereinnahmen verfügen können. Arbeitnehmer und



Arbeitnehmerinnen dürfen nicht der Lastesel der Nation sein. Wir sagen Nein zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese belastet überproportional die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, da sie im Vergleich zu den Besserverdienenden mehr Geld für das Lebensnotwendige ausgeben müssen.

Konkret fordern wir:

- Steuerliche Entlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Einführung eines linear progressiven Tarifs in der Lohn- und Einkommenssteuer.
- Entgegenwirken gegen die kalte Progression über eine regelmäßige Anpassung des Tarifverlaufes an die Lohnentwicklung.
- Einen größeren Beitrag für hohe Einkommen, Kapitalerträge und Vermögen zur Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Dies erfordert einen höheren Spitzensteuersatz, höhere Gewinnsteuern und eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Erbschaften.
- Wir brauchen einen Lastenausgleich in Form einer befristeten Vermögensabgabe. Darüber hinaus fordern wir eine weltweit, zumindest europaweit eingeführte Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen (inkl. Derivate etc.). Solange diese nicht durchgesetzt werden kann, ist die umgehende Einführung einer Börsenumsatzsteuer auf nationaler Ebene zwingend.

Mindestlöhne und ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ statt Lohndumping und Niedriglohnsektor

Wir werden in diesem Jahr unseren Kampf für gerechte Löhne fortsetzen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ab dem 1. Mai 2011 in der EU die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Spätestens dann muss schwarz-gelb eine prinzipielle Antwort auf den Mindestlohn geben. Passiert nichts, wie es anscheinend die FDP will, werden wir erleben, wie Beschäftigte aus Osteuropa für mieseste Lohndrückerei bei uns missbraucht werden. Davon werden dann alle ‚binnenmarktfähigen‘ Branchen betroffen sein, der Handwerksbetrieb in Baden-Württemberg genauso, wie der Mittelständler in Sachsen. Die Alternative hierzu ist, jetzt endlich die Blockade gegen Mindestlöhne zu beenden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Ausweitung des Niedriglohnsektors entschieden bekämpft.

- Wir müssen flächendeckend eine Lohnuntergrenze einziehen, um Armutslöhne zu bekämpfen und zugleich die Tarifautonomie gegen Ausfransung nach unten zu schützen.

Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns auf der Einstiegshöhe von zurzeit mindestens 7,50 Euro.



Zugleich soll die Bundesregierung eine schnelle und stetige Anhebung des Mindestlohnes garantieren, um diesen Satz deutlich über das Niveau von Hartz IV zu heben.

Wir werden auf dem DGB Kongress über die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns diskutieren und eine höhere Forderung beschließen.

- Zweitens muss sich die Bundesregierung am Kampf gegen den Missbrauch der Leiharbeit endlich beteiligen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss insgesamt auf den Prüfstand. Denn nach wie vor wird Leiharbeit missbraucht um Arbeits- und Tarifbedingungen zu unterlaufen und Dumpinglöhne zu etablieren. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb vom ersten Tag an gleichstellen – beim Entgelt und allen weiteren Arbeitsbedingungen. Ausnahmen dürfen allenfalls für wenige Monate erlaubt sein.
- Drittens erwarten wir von der Bundesregierung die Verwirklichung und konkrete Ausgestaltung des Prinzips ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘. Das gilt insbesondere für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

Bildungspolitik und Bildungsgipfel

Wer mehr Qualität im Bildungswesen will, wird mehr Geld investieren müssen. Mehr und bessere Kindergärten, mehr Ganztagschulen, der Ausbau der Hochschulen, mehr Weiterbildungsberatung - all das kostet sehr viel.

Es war deshalb überfällig, dass Bund und Länder beim Bildungsgipfel verabredet haben, die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Nimmt man die Zahlen der OECD müssten mehr als 32 Milliarden Euro zusätzlich in das deutsche Bildungswesen fließen.

Doch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder haben auf dem zweiten Bildungsgipfel einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie verbuchten ganz neue Posten im Bildungsbudget. Die Pensionen für Lehrer und Professoren, die Sanierung von Gebäuden. Mit diesen Taschenspielertricks haben Bund und Länder den Milliarden-Bedarf klein gerechnet – und halbiert.

Mit der Wirklichkeit in unserem Land hat das nichts zu tun: Während sich die Regierungschefs in ihrer Parallel-Gesellschaft eingerichtet haben, klagen Eltern über Unterrichtsausfall und fehlende Kita-Plätze. Ich kann die Bundesregierung und die Bundesländer nur vor solchen Luftbuchungen warnen. Bildungspolitik ist mehr als eine Mathe-Olympiade. Wir brauchen tatsächlich mehr Geld für unser Bildungswesen und für die Zukunft unserer Kinder.

Ausbildung und Krise



Die Krise hat den Ausbildungsmarkt erfasst. Allein 2009 wurden rund 50.000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen als im Vorjahr. In vielen Branchen wird für das neue Jahr ein Rückgang der Verträge um 10 Prozent befürchtet.

Gerade die Krise zeigt erneut die Anfälligkeit des Ausbildungssystems für konjunkturelle Einbrüche. Die Zukunftsperspektiven junger Menschen dürfen nicht von der Konjunktur abhängen. Wir brauchen deshalb eine konjunkturunabhängige Finanzierung der Ausbildung – zum Beispiel durch Branchenfonds.

Auf diese Entwicklung am Ausbildungsmarkt mit einer Deregulierung zu reagieren wäre grundfalsch. Geringere Ausbildungsvergütungen, Lockerungen beim Jugendarbeitsschutz, kürzere Ausbildungen oder die Modularisierung von Ausbildungsberufen – all das wird die Zahl der Ausbildungsplätze nicht wesentlich steigern, sondern die Qualität senken. Das schadet allen: Den Betrieben und den Jugendlichen.

Seit sieben Jahren verkünden die Partner des Ausbildungspakts auf ihren Pressekonferenzen eine entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat nachgewiesen: 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind 15 Prozent dieser Altersgruppe. Wir werden deshalb alles tun, um die Ausbildung und die Zukunftschancen junger Menschen im Krisenjahr 2010 prominent auf der Tagesordnung zu halten.

Mitgliederzahlen 2010

Lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen noch kurz zu und Mitgliederzahlen kommen. Krisenzeiten sind für Gewerkschaften nie gute Zeiten, wir waren noch nie Krisengewinnler. Allerdings haben wir in dem zurückliegenden Jahr trotz der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit keine größeren Einbrüche zu verzeichnen. Die Situation der Mitgliederentwicklung hat sich für die Gewerkschaften stabilisiert. Anfang vergangenen Jahres hatten wir rund 6,4 Millionen Mitglieder. Da hat sich nicht viel geändert, wir liegen immer noch deutlich über sechs Millionen. Die konkreten, bereinigten Zahlen für das Jahr 2009 können wir Ihnen Ende Januar mitteilen.

Aus zeitlichen Gründen will ich bewusst nicht weiter auf Themen wie ELENA, die Europapolitik, Rechtsextremismus, die Internationale Gewerkschaftspolitik oder den neuen DGB-Satzungsentwurf eingehen.

Ich stehe Ihnen aber gerne zu allen Themen für Rückfragen zur Verfügung.